

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/138

Bonn, den 25. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Halbtrecherische Akrobatik 50

Wo Moskau seine "Feinde" sucht

1 a Wo leben wir eigentlich? 38

Kleiner Nachhilfeunterricht in "Demokratie"

2 Seminare - Foren - Wochenendbegegnungen 47

Eine Anregung

3 Generationenwechsel 30

Wesentliche Verjüngung des neuen Bundestages erwartet

4 Autos in Europa 29

Die meisten Verkehrstoten in der Bundesrepublik Deutschland

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Frauen sind Automations-Opfer
- Trotzdem sinkende Beteiligung an Fortbildungskursen -

Einen "festen Händedruck" für Helene Wessel

Alarmsignal für die SPD

Kurzmeldungen

* * *

*

Halstrecherische Akrobatik

Wo Moskau seine "Feinde" sucht

sp - In Ostberlin und Moskau scheint man doch sehr nervös zu sein. Wahrscheinlich hängt das damit zusammen, daß immer mehr kommunistische Parteien öffentlich oder in vertraulichen Botschaften an die KPdSU den Wunsch äußern, man solle jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR vermeiden. Je dringender diese Appelle werden, umso bizarrer sind die aus Moskau und Ostberlin kommenden Angriffe auf die Bundesrepublik. Die halstrecherische Akrobatik, deren man sich befließigt, um Bonn, und dort besonders die Sozialdemokratie, immer wieder als Störenfried darzustellen, nimmt jetzt groteske Formen an.

Nach der Verlegung des Manövers "Schwarzer Löwe" behauptet man in Moskau und Ostberlin plötzlich, das sei alles nur "Taktik". Die Proteste der SPD gegen die Abhaltung des Manövers in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze seien - so die PRAWDA - eine verfeinerte taktische Methode der Durchdringung des sozialistischen Lagers mit subversiver Tätigkeit, die nichts daran ändere, daß Bonn nach wie vor in revanchistischer Absicht, nur mit anderen Mitteln, intrigiere. Diese Raffinesse erfordere die erhöhte Wachsamkeit der sozialistischen Länder...

Interessant dürfte hierbei sein, daß die PRAWDA in Fortsetzung ihrer stereotypen Angriffe auf die Bundesrepublik diesmal die CDU/CSU anspart und direkt die "Bonner Sozialdemokratie" der finstersten Absichten bezichtigt.

Wer die Geschichte der kommunistischen Parteien kennt, weiß, daß von Zeit zu Zeit nicht etwa der Kapitalismus, der Imperialismus oder sonst einer der klassischen Gegner des "sozialistischen Lagers" als Hauptfeind betrachtet wird, sondern die Sozialdemokratie. Im Auf und Ab der Entwicklung der kommunistischen Parteien wechselt jedoch die Melodie, und es verwundert niemanden mehr, wenn morgen der Feind wieder einmal anders heißt und man die Sozialdemokraten plötzlich als "sozialistische Brüder" bezeichnet. Auch in der PRAWDA sollte man endlich begreifen, daß man sich mit derartigen Verrenkungen auf die Dauer nur der Lächerlichkeit preisgibt.

Die Bundesrepublik Deutschland will mit allen Nachbarn in Frieden leben. Zur Regelung politischer Probleme schließt die Bundesregierung selbstverständlich die Anwendung von Gewalt aus. Die Ereignisse in der CSSR sind für die Bundesregierung kein Anlaß, diese ihre Haltung in irgendeiner Weise zu ändern. Das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten gilt für die deutsche Politik und wird auch weiterhin seine Gültigkeit behalten. Natürlich schließt das alles nicht aus, daß man sich in der Bundesrepublik, wie überall in der Welt, für die weitere Entwicklung in der CSSR interessiert. Wir müßten ja auf dem Konde leben, wollte man in der Bundesrepublik so tun, als sei man an den Geschehen völlig uninteressiert, das sich wenige Kilometer von uns entfernt abspielt. Es gibt nur eine Erklärung für die in Moskau und Ostberlin gegenüber der Bundesrepublik immer wieder vorgebrachten Unterstellungen: Die Furcht davor, daß man besonders in den neutralen Ländern erkennt, wer sich heute - gewollt oder ungewollt - in die Rolle des Störenfrieds in Europa hineingespielt hat.

Wo leben wir eigentlich?

Kleiner Nachhilfeunterricht in "Demokratie"

sp - Nachdem sich der Wirbel um den nun schon grau gewordenen "Schwarzen Löwen" etwas gelegt hat, lohnt es sich doch, einige Stimmen aus dem Chor der Entrüsteten ins Gedächtnis zu rufen. Da hieß es z.B., "die Parteien" hätten doch besser daran getan, "den Streit zu vermeiden" oder noch besser wäre es gewesen, wenn man "die ganze Angelegenheit diskret und ohne die Öffentlichkeit damit zu beschäftigen, im Kabinett oder im Verteidigungsrat behandelt" hätte.

Wenn man so etwas hört, muß man die Frage stellen, wo wir eigentlich leben. In einer Demokratie, in einem Staat, dessen Regierung sich mit geheimen Beschlüssen über die Runden bringt, oder gar in einem Land, das von jemandem regiert wird, der allein bestimmt, was richtig oder falsch ist?

Wenn in den USA oder in England ein Minister etwas tut oder unterläßt, was nicht unbedingt in Einklang mit den Interessen des Landes zu bringen ist, wird es von Presse und Rundfunk in aller Öffentlichkeit diskutiert. Man spricht und schreibt über das Für und Wider dieses Vorganges und verurteilt oder lobt den Verantwortlichen. Keinem Journalisten und erst recht nicht einem Parlamentarier würde es einfallen, der Presse, den Rundfunk oder den Parteien zu empfehlen, man solle schweigen und es irgendeinem Geheimkabinett überlassen, die richtige Entscheidung zu treffen.

Sogar im Frankreich des Staatspräsidenten de Gaulle wird in der Presse vor der breitesten Öffentlichkeit über alle innen- und außenpolitischen Probleme des Landes diskutiert; nicht einmal der Staatspräsident bleibt von einer vielleicht erforderlichen Kritik ausgeschlossen.

Bei uns ist das alles ganz anders. Als wenn wir etwas zu verbergen hätten, sucht man vornehm zu vermeiden, eine Dummheit beim Namen zu nennen. Man bestreitet einem Parlamentarier das Recht, eine die ganze Öffentlichkeit angehende Frage auch öffentlich zu behandeln und tut obendrein noch so, als sei man auf denjenigen böse, der sich bemüht, eine Fehlentscheidung oder eine Unterlassung zurechtzurücken.

Es scheint so, als hätten wir noch viel zu lernen und als müßte noch häufiger ein frischer Wind blasen, damit wir endlich begreifen, daß die Demokratie keine Staatsform ist, die davon lebt, daß irgendjemand glaubt, man dürfe nicht öffentlich über öffentliche Angelegenheiten reden.

Seminare - Foren - Wochenendbegegnungen

Eine Anregung

D.W. - Nichts gegen Seminare, Foren und Wochenendbegegnungen; auch nichts gegen Akademiegespräche und ähnliche Tagungen! Betrachtet man sich den Veranstaltungskalender politischer, sozialer, weltanschaulicher und religiöser Organisationen und studiert hierbei auch die Programme der einzelnen Veranstaltungen, dann fällt folgendes auf: Es gibt nicht nur viele Überschneidungen und Parallelen in der Themenstellung solcher Veranstaltungen; auch die Namen zahlreicher Referenten tauchen mit einer Regelmäßigkeit auf, die zu der Frage führen muß, wann die betreffenden Damen oder Herren eigentlich ihrem normalen Beruf nachgehen.

Was die Teilnehmer solcher Veranstaltungen anbetrifft, so werden sie entweder als Delegierte von Organisationen eingeladen, oder gehören zum Kreis der regelmäßigen Gäste des jeweiligen Veranstalters, stimmen also meist mit dessen Auffassungen überein.

Die Vielfalt der Programme von Foren, Wochenendbegegnungen und Seminaren zeugt auf den ersten Blick von einem immensen und erfreulichen Bedürfnis nach Aussprache. Das ist eine gute Sache, aber vielleicht sollte man doch einmal darüber nachdenken, ob es nicht möglich wäre, die eine oder andere Veranstaltung aufeinander abzustimmen. Soweit es sich hierbei um längerfristige Programme mit bestimmten Bildungszielen handelt, dürfte dies nicht notwendig sein. In solchen Fällen kommt ein bestimmter Teilnehmerkreis in regelmäßigen Abständen zusammen und versucht ein fest umrissenes Thema durchzuarbeiten (z.B. in Heimvolkshochschulen). Anders verhält es sich jedoch bei Tagungen und Wochenendveranstaltungen, die in ihrer Art einmalig sind und als deren Ergebnis meist nur festgestellt werden kann, daß man sich wieder einmal gründlich ausgesprochen hat.

Bei den hier angestellten Überlegungen spielt auch die wirtschaftliche Seite eine nicht unwesentliche Rolle. Die Referenten solcher Tagungen erhalten meist Honorare und Spesen. Auch wird häufig den Teilnehmern das Fahrgeld und gelegentlich sogar der Dienstausfall ersetzt. Im Anschluß an die Tagung wird gewöhnlich ein gedrucktes Protokoll herausgegeben und - wie man so schön sagt - an den "Kreis der Interessierten" verschickt. Die Summe aller dieser Ausgaben dürfte recht erheblich sein. Da die meisten Veranstalter öffentliche Zuschüsse erhalten - vom Bund, den Ländern und den Gemeinden -, wäre es doch wohl Überlegenswert, wie man das ganze Tagungswesen etwas rationeller gestalten könnte.

Wie gesagt: Nichts gegen die Vielfalt der hier skizzierten Aussprachen, Begegnungen und Foren! Es kommt nur darauf an, daß die hierbei eingesetzte Energie und die zur Verfügung gestellten Mittel in ein gutes Verhältnis zum angestrebten Ziel gebracht werden.

Generationenwechsel

Wesentliche Verjüngung des neuen Bundestages erwartet

sp - Der nächste Bundestag, der im Herbst 1969 gewählt wird, dürfte wiederum eine wesentliche Verjüngung des Parlaments zeigen. Schon 1965 hatte ein großer Generationenwechsel stattgefunden. Von 518 Abgeordneten gehörten seit dieser Wahl nur noch 73 Abgeordnete dem Parlament an, die schon 1949 in den Bundestag gewählt worden waren. Der Anteil der 35- bis 45-jährigen Abgeordneten beträgt jetzt 29,4 Prozent. 132 Abgeordnete waren 1965 neu ins Parlament gekommen.

Gute Kenner der Verhältnisse behaupten, daß die Verjüngung des Parlaments noch größer gewesen wäre, wenn es damals schon das sogenannte Pensionsgesetz für Abgeordnete gegeben hätte. Folgerichtig kann man damit rechnen, daß nach der nächsten Bundestagswahl der Anteil der älteren Abgeordneten ganz wesentlich zurückgehen wird.

Nach vorsichtigen Schätzungen und nach einem Blick auf die einzelnen Wahlkreise darf davon ausgegangen werden, daß im nächsten Bundestag wiederum etwa 25 Prozent der Abgeordneten in "ihrer" ersten Legislaturperiode dem Parlament angehören und daß insgesamt etwa die Hälfte der Abgeordneten schon zu jener Generation zählen werden, die erst nach dem Kriege "in die Politik gegangen" sind.

Im Augenblick sind noch 43 Abgeordnete im Bundestag, deren Geburtsjahr vor der Jahrhundertwende liegt. Auch bei dieser Gruppe wird sich manches ändern, zumal die jüngeren Kräfte in allen Parteien schon jetzt begonnen haben, ihre Positionen abzustecken.

Die Frage, ob im nächsten Bundestag mehr Frauen als bisher sein werden, beschäftigt zur Zeit noch alle Parteien. Zu begrüßen wäre eine Auflockerung des Parlaments durch eine größere Gruppe von Frauen sehr, zumal auch im öffentlichen Leben die Frauen eine immer bedeutendere Stellung einnehmen. Es wäre also nicht einzu- sehen, wenn der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag auch weiterhin so gering bleiben würde, wie er bedauerlicherweise jetzt ist.

Autos in Europa

Die meisten Verkehrstoten in der Bundesrepublik Deutschland

sp - Die Wirtschaftskommission der UNO für Europa hat jetzt ihren Jahresbericht und die Statistiken über die Verkehrsunfälle im Jahre 1966 veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß Frankreich mit 10,4 Millionen Personenkraftwagen an der Spitze liegt. England und die Bundesrepublik Deutschland halten sich mit 9,9 Millionen bzw. 9,8 Millionen Personenkraftwagen die Waage. Italien steht mit 6,3 Millionen Autos an vierter Stelle.

Die Zahlen für Frankreich sind deswegen beachtlich, weil die Bevölkerungszahl Frankreichs fast 8 Millionen niedriger ist, als die der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Westberlin.

Entscheidend bei diesen Vergleichen ist jedoch die Zahl der jährlich im Straßenverkehr Getöteten. Sie beträgt in der Bundesrepublik 16.864, in Frankreich 10.200, in Italien 8.904 und in England 7.895.

Da in der Bundesrepublik ein Privatwagen jährlich etwa 16.000 km fährt, bedeutet dies, daß bei uns auf etwa 12 Millionen gefahrene Kilometer ein Verkehrstoter gerechnet werden muß. In England kommt auf etwa 20 Millionen gefahrene Kilometer jährlich ein Toter und in Italien ein Toter auf 11,3 Millionen km. Die entsprechenden Vergleichszahlen für Frankreich liegen nicht vor.

Zusammengefaßt besagen diese Vergleiche, daß die Sicherheit im Straßenverkehr Englands offenbar wesentlich größer ist, als in den übrigen von der UNO-Statistik erfaßten europäischen Ländern. Die für die Bundesrepublik angegebene Zahl von rd. 16.000 jährlich gefahrene Kilometer läßt sich dadurch erklären, daß hier im Verhältnis zu den übrigen westeuropäischen Ländern das größte Autobahnstraßennetz ist. Die Autobahnen bieten den Fahrer eines Personenkraftwagens mehr als in anderen Ländern Gelegenheit und Anreiz zum Zurücklegen längerer Strecken.